

**Internationales Clausewitz-Zentrum**  
**CLAUSEWITZ – INFORMATION**

**1 / 2008**



**Neue Herausforderungen für den**  
**Bundesnachrichtendienst**

herausgegeben von  
**Lennart Souchon**

**Führungsakademie der Bundeswehr**

Hinweis des Herausgebers

Grundlage für diese Publikation ist ein Vortrag von Ernst Uhlrau,  
Präsident Bundesnachrichtendienst, zum Thema:  
**“Die aktuelle Sicherheitslage – Neue Herausforderungen für den  
Bundesnachrichtendienst“**

**Redaktion:**

Frau Karen Schäfer  
Leiterin Fachinformationsstelle  
und  
Herr Oberst i.G. Hans-Joachim Krüger  
Führungsakademie der Bundeswehr  
Hamburg

**Herausgeber:**

Professor Dr. Lennart Souchon,  
Kapitän zur See a.D.  
Internationales Clausewitz-Zentrum;  
Führungsakademie der Bundeswehr  
Manteuffelstr. 20, 22587 Hamburg  
Tel.: 0049-040-8667-6504 (Frau Wild), Fax: -6509  
E-Mail: [fueakbw.icz@bundeswehr.org](mailto:fueakbw.icz@bundeswehr.org)

**Druck:**

GeoInfoStelle & Grafik-Team,  
Führungsakademie der Bundeswehr  
Manteuffelstr. 20, 22587 Hamburg

Hamburg, im Juni 2008

**Internationales Clausewitz-Zentrum**  
**Clausewitz-Information 1/2008**

NEUE HERAUSFORDERUNGEN  
FÜR DEN BUNDESNACHRICHTENDIENST

Inhalt:

- 04 *Lennart Souchon*  
Bedeutung der Informationsbeschaffung für die  
gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge
- 11 *Ernst Uhrlau*  
Neue Herausforderungen für den Bundesnachrichtendienst  
–Die internationale Sicherheitslage aus Sicht des BND –
- 49 Das Internationale Clausewitz – Zentrum an der  
Führungsakademie der Bundeswehr

## **Bedeutung der Informationsbeschaffung für die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge**

*Lennart Souchon*

Die deutsche und europäische Sicherheitsvorsorge erfordern eine gesamtstaatliche und europäische Lagefeststellung und entsprechende Methoden des Handelns – im Sinne einer Strategie. Über diese Aufgabe besteht heute weitgehend Einigkeit.

Die gefährlichen Gradienten und Dynamiken gegenwärtiger Sicherheitsrisiken, die sich Experten zufolge noch verschärfen können, zwingen zu einem breiten vernetzten Ansatz, der außenpolitische, innenpolitische, militärische, wirtschaftliche, finanzielle, ökologische, verfassungsrechtliche und kulturelle Faktoren mit einschließt. In einer zeitgemäßen Strategie sollten schließlich diplomatische, militärische und innenpolitische Maßnahmen ressortübergreifend eng verzahnt werden.

Die Beurteilung von Sicherheitsrisiken, die Festlegung politischer Zwecke gesamtstaatlichen Handelns und die Durchführung der als notwendig identifizierten Maßnahmen kombiniert sich zu einer außerordentlich komplexen Aufgabenstellung, die in Deutschland erst in Ansätzen erfüllt worden ist. Eine europäische Strategie ist - wegen der unterschiedlichen politischen Zweckvorstellungen der beteiligten Nationen, in Kombination mit den intergouvernementalen Beschlussverfahren im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in dem ein „Nein“ einer einzelnen Nation jede europäische Entscheidung kategorisch ausschließt - in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Ein wesentlicher Bestandteil der aktuellen Lagebeurteilung im Bereich der Sicherheitsvorsorge ist das gezielte Beschaffen und sachgerechte Auswerten von relevanten Informationen. Diese schwierige Aufgabe beschreibt Johann Wolfgang von Goethe mit den Worten:

**„Sie erkennt aus dem Offenbaren das Verborgene, aus dem Gegenwärtigen das Zukünftige, aus dem Toten das Lebendige und den Sinn des Sinnlosen.“**

Eine Vorhersage von Entwicklungen und Ereignissen der nationalen Sicherheitslage setzt eine kompetente und kluge Zusammenschau der Fakten, Gefährdungstiefen und der inhärenten Dynamiken sicherheitspolitischer Prozesse voraus.

Im Kalten Krieg konzentrierte sich der Bundesnachrichtendienst weitgehend auf die Rüstung und operative Dislozierung des Warschauer Paktes sowie auf dessen politische Entscheidungsprozesse. Nach dem Ende der bipolaren Konfrontation ist eine tektonische Verschiebung der äußeren Risikolage eingetreten, die sich heute aus einer globalen Kombination von internationalem islamistischen Terrorismus, Staatenzerfall, Proliferation und Organisierte Kriminalität zusammenfügt. Die Gewaltakteure des internationalen islamistischen Terrorismus nutzen modernste Informations-, Kommunikationskanäle und Transportmöglichkeiten und richten ihre Anschläge meist gegen zivile Ziele mit hohem Symbolwert in USA, Saudi – Arabien, Europa, Afrika und Asien.

Dementsprechend haben sich für die Arbeit des Dienstes die inhaltlichen Schwerpunkte und die geografische Ausdehnung sowie die kulturellen Gegebenheiten grundlegend erweitert.

Zu diesen „klassischen“ Dimensionen des Bundesnachrichtendienstes kommen jetzt noch erweiterte Aufgaben im Zusammenhang mit der Sicherheit der Bundeswehrsoldaten bei Auslandseinsätzen hinzu. Beim Anti-Terror-Einsatz, aber auch bei der Stabilisierung staatlicher Funktionen und beim Wiederaufbau von Zivilgesellschaften, sind sowohl genaue Kenntnisse über die Geografie, die inhärenten Gesellschafts- und Machtstrukturen und der kulturellen Rahmenbedingungen als auch eine detailgenaue und perspektivische Aufklärung und Vorhersage der konkreten gegnerischen Möglichkeiten des Handelns erforderlich.

Wie schwierig eine treffende Beurteilung der Lage im Einsatzgebiet ist, kann man auch bei Carl von Clausewitz nachlesen. Er schreibt im „Vom Kriege“:

**"Ein großer Teil der Nachrichten, die man im Kriege bekommt, ist widersprechend, ein noch größerer ist falsch und bei weitem der größte einer ziemlichen Ungewissheit unterworfen. Was man hier vom Offizier fordern kann, ist ein gewisses Unterscheiden, was nur Sach- und Menschenkenntnis und Urteil geben können."**

Heute bedingt die Masse von Informationen, die aus offen zugänglichen und geschützten Bereichen gewonnen werden müssen, eine zweckoptimierte Kombination aus klassischer Informationsbeschaffung und den Einsatz modernster technischer Verfahren. Das Zusammenfügen der gewonnenen Daten zu einem Lagebild erfordert schließlich hohe Professionalität, Erfahrung und ein sicheres Urteilsvermögen.

Ein Auslandsgeheimdienst sollte in der Abgeschlossenheit arbeiten und sich jeder tagespolitischen Einflussnahme entziehen.

Andererseits unterliegt er rechtsstaatlicher Kontrolle und muss sich parlamentarischen Kontrollgremien sowie der kritischen Öffentlichkeit gegenüber verantworten können.

Diese konträren Anforderungen bestimmen die zurückhaltend - aktive Öffentlichkeitsarbeit des Bundesnachrichtendienstes.

Diese wenigen ausgewählten Gedanken sollten einführend einige der schwierigen Aufgaben und Herausforderungen charakterisieren, die der Bundesnachrichtendienst heute zu bewältigen hat.

Der Vortrag, den **Ernst Uhrlau, Präsident Bundesnachrichtendienst**, im Internationalen Clausewitz – Zentrum an der Führungsakademie der Bundeswehr gehalten hat, ist ein signifikanter Beitrag zur Diskussion aktueller sicherheitspolitischer Risiken und demonstriert zugleich die Bedeutung des Auslandsnachrichtendienstes in der Analyse und Bewertung staatlicher Sicherheitsvorsorge.

Ernst Uhrlau hat sich mit der inneren und äußeren Sicherheit jahrzehntelang auseinandergesetzt. Seine Vita Activa beginnt 1946 in der Freien und Hansestadt Hamburg.

Nach dem Abitur 1967 studiert er Politischen Wissenschaften, Soziologie und Volkswirtschaft an der Universität Hamburg. Von 1975-1981 ist er Persönlicher Referent und Leiter des Senatorenbüros in der Behörde für Inneres in Hamburg. 1981 wird er Stellvertretender und ab 1991 Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg. 1996 Ernennung zum Polizeipräsident in Hamburg. Bereits 1998 folgt sein beruflicher Wechsel nach Berlin in das Bundeskanzleramt. Als Abteilungsleiter 6 koordiniert er die Nachrichtendienste des Bundes.

Seit dem 1. Dezember 2005 ist er Präsident des Bundesnachrichtendienstes.

Ernst Uhrlau analysiert drei Schwerpunkte der sicherheitspolitischen Lageanalyse: Den islamistischen internationalen Terrorismus, die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen und die Regionalkonflikte in Nahost, in Afghanistan und im Irak. Schwerpunkte, Sorgfalt der Analyse und strategischen Bewertungen seines Beitrages unterstreichen die Bedeutung des Bundesnachrichtendienstes für die Sicherheitsvorsorge der Bundesrepublik Deutschland.

**Neue Herausforderungen für den  
Bundesnachrichtendienst  
- Die internationale Sicherheitslage aus Sicht des BND -**

*Ernst Uhrlau*

*Präsident des Bundesnachrichtendienst*

Seit Ende des Ost-West-Antagonismus haben sich die Parameter des sicherheitspolitischen Bedrohungsszenarios grundlegend gewandelt. Die staatenzentrierte Konfliktkonstellation, die noch zu Zeiten des Kalten Krieges die sicherheitspolitische Agenda dominierte, hat keine vorrangige Bedeutung mehr. Es sind nicht länger nur Staaten, die Kriege führen. Ja, es lässt sich sogar sagen: Immer weniger Kriege werden von Staaten geführt, immer häufiger sind nicht-staatliche Akteure Protagonisten kriegerischer Konflikte. Auseinandersetzungen sind "privatisiert" worden, sie sind asymmetrisch und nicht länger an ein bestimmtes Territorium gebunden. Gleichzeitig bleibt der zwischenstaatliche Krieg weiterhin existent. Besonders für sogenannte prämoderne Staaten in Afrika und Asien stellt er kein Auslaufmodell dar, sondern bleibt als Instrument von Macht- und Verteilungskämpfen an der Tagesordnung.

Die sicherheitspolitische Agenda wird zunehmend bestimmt von sub-staatlichen Akteuren, die transnational und häufig konspirativ agieren.

Die von ihnen ausgehende Bedrohung folgt dem Muster asymmetrischer Kriegsführung. Restriktionen des klassischen Kriegsvölkerrechts, insbesondere der Schutz der Nicht-Kombattanten, haben keine Gültigkeit mehr.

Auch die zu Zeiten des Kalten Krieges existierende Trennung in innere und äußere Sicherheit hat heute keinen Bestand mehr. Die aktuellen Risiken und Konfliktpotenziale betreffen zunehmend beide Kategorien gleichzeitig – zu Recht sprechen wir daher heute von der vernetzten Sicherheit.

Selbst in unmittelbarer Nachbarschaft Europas erleben wir fragile Staatlichkeit und Erosion des staatlichen Gewaltmonopols bis hin zum Staatszerfall: in Teilen des Balkans, in Nordafrika oder der Kaukasus-Region. Etwa ein Fünftel aller Staaten weltweit lässt sich als "gescheitert" bezeichnen – als "failed states". Die Zahl der "scheiternden Staaten" – der "failing states" – liegt noch höher. Inzwischen gilt Staatszerfall als eine der größten Herausforderungen der internationalen Politik.

Über zwei Milliarden Menschen, d.h. weltweit jeder Dritte, lebt in Räumen begrenzter Staatlichkeit. So vielfältig die konkreten Ursachen auch sind – eines verbindet sie: Sie tragen bei zu weiterer politischer Destabilisierung, wirtschaftlicher Verarmung und sozialer Verelendung.

Auch räumlich eher entlegene Krisen haben Auswirkungen auf unsere Sicherheitslage. Die hiervon ausgehenden Destabilisierungstendenzen betreffen zwar primär die Region, sie wirken sich aber durch so genannte „spill over-Effekte“ also Überschwappen der Krisenphänomene, auch auf uns hier in Europa aus.

Dieser Beitrag skizziert die aktuell wichtigsten Parameter der sicherheitspolitischen Bedrohungslage:

- o Internationaler islamistisch motivierter Terrorismus
- o Proliferation – und hier insbesondere Iran
- o Regionale Konflikte (Nahost, Irak, Afghanistan).

### *Internationaler islamistisch motivierter Terrorismus*

Seit den 90er Jahren konfrontiert uns der transnationale Jihad-Terrorismus mit einer neuen totalitären Bedrohung. Seine Kennzeichen sind asymmetrische Kriegsführung und die universelle Bedrohung der internationalen Ordnung.

Diese Form des Terrorismus verfolgt das strategische Ziel, westliche und bisher gemeinhin als universal anerkannte Werte zurückzudrängen, moderate islamische - in den Augen der Terroristen ungläubige -Regime zu schwächen und an deren Stelle eine fundamentalistische Ordnung zu errichten. Es ist ein Kampf gegen westliche Lebensformen und gegen muslimische Moderne.

Die ideologische Zweiteilung der Welt in „Gläubige“ und zu bekämpfende „Ungläubige“ dient zur Rechtfertigung des ausschließlich in Form von Gewalt interpretierten Jihad gegen jedes als „ungläubig“ identifizierte Ziel. Der Jihad-Terrorismus bedroht alle offenen Gesellschaften – auch uns. Der kaum einzugrenzende Operationsraum, die quasi welt-

weiten Unterstützerstrukturen, die breite Feindkategorie als Kern einer äußerst flexiblen Gewalt-Doktrin machen diese Form der Bedrohung präzedenzlos.

Bei der Betrachtung des islamistischen Terrorismus sind über die letzten Jahre deutliche Veränderungen erkennbar, die mit folgenden Schlagworten zu kennzeichnen sind:

- Dezentralisierung
- Regionalisierung und Entstehung von „Franchise-Unternehmen“
- Globalisierung der Ideologie.

Der Anteil zentral durch Kern-al-Qa'ida gesteuerter Terror-Aktivitäten hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen – Anschläge werden zunehmend durch autonom operierende Zellen geplant und durchgeführt. In begrenztem Umfang scheint jedoch eine zentrale operative Steuerung durch Al-Qa'ida weiterhin zu bestehen.

Kern-al-Qa'ida, also die Al-Qa'ida-Führung und deren näheres Umfeld, ist in ihren weiter existierenden Rückzugsräumen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet bemüht, ihre seit Mitte der 90er Jahre etablierten Führungsstrukturen aufrecht zu erhalten – wenn auch in deutlich reduziertem Umfang.

Nichtsdestotrotz hat sich die Rolle des engeren Führungskreises um Usama bin Laden nach 2001 signifikant gewandelt: Die operativ-taktische ist gegenüber einer ideologisch-strategischen Ausrichtung zurückgewichen. Mittlerweile fungiert Kern-al-Qa'ida in erster Linie als Propaganda-Organ für einen „globalen Jihad“. Sie inspiriert und motiviert regionale Gruppierungen und lokale Zellen, deren spezifische Agenda dadurch den Anstrich einer universellen Programmatik erhält. Die islamistische Szene weltweit betrachtet Al-Qa'ida als Legitimationsinstanz – radikalisierte Elemente schließen sich der Bewegung an. Gruppierungen islamistischer Dissidenten fühlen sich von der Ideologie des globalen Jihad angezogen und betrachten sich als dessen Repräsentanten in einem nationalen oder regionalen Kontext.

Die von Al-Qa'ida transportierte breit angelegte Ideologie des globalen Jihad fungiert also gleichzeitig als Bindeglied und als Identitätsstifter.

Vor diesem Hintergrund beobachten wir eine anhaltende Tendenz zur Bildung von Al-Qa'ida-Filialen: Al-Qa'ida im Irak, Al-Qa'ida auf der Arabischen Halbinsel und Al-Qa'ida im islamischen Maghreb.

Letztere, kurz AQM genannt, ist durch die Bombenanschläge in Algier am 11. April 2007 nachhaltig ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gerückt. Genau acht Monate später, am 11. Dezember 2007, hat sie ihre Schlagkraft mit weiteren Selbstmordanschlägen erneut unter Beweis gestellt.

Die AQM versucht sich regional zu etablieren, auch wenn sie bislang in ihren Bemühungen gescheitert ist, den Terror in die Region zu tragen. Die erstmalige Absage einer Rallye Dakar macht jedoch deutlich, wie signifikant sich die Lage im Maghreb verändert hat.

Wie auch die anderen Al-Qa'ida-Franchise-Unternehmen agiert AQM unabhängig von der Kern-al-Qa'ida. Eine echte Kooperation oder gar operative Einflussnahme ist nicht feststellbar. Gleichwohl beobachten wir im Modus operandi eine Annäherung an die radikalen Aktionsformen der Al-Qa'ida. Selbstmordattentate gehörten bis zu den Anschlägen in Algier im April 2007 nicht zur gängigen Vorgehensweise in Algerien. Bei aller Unabhängigkeit von Kern-al-Qa'ida hat durch den Wandel der GSPC in AQM eine Eigendynamik eingesetzt, die zu einer Verschärfung der Bedrohungslage in Nordafrika geführt hat. Die Dezentralisierung der Al-Qa'ida trägt also zu einer Proliferation ihrer Taktiken bei.

Der Trend zur Regionalisierung und Gründung von Subunternehmen mit dem Label Al-Qa'ida dürfte sich fortsetzen. Darüber hinaus ist die Absicht erkennbar, eine globale islamistische Massenbewegung auszulösen. Dieses Projekt wird mit geschickter Nutzung moderner Publikationsforen wie insbesondere dem Internet und dem zunehmend appellativen Charakter der Botschaften von der Al-Qa'ida Führung umgesetzt.

Mit dem vermehrten Einsatz moderner Kommunikationsmittel verfolgt Al-Qa'ida konsequent das Ziel, eine weltweite Anhängerschaft zu mobilisieren. Mithilfe moderner Kommunikationsforen versucht sie, die ideologische Meinungsführerschaft zu behaupten und Substrukturen zu integrieren. In der westlichen Diaspora sind die Propaganda-Kampagnen Al-Qa'idas im Internet ein wichtiges Instrument zur Selbstradikalisierung marginalisierter Muslim-Migranten. Das Internet fungiert zudem vermehrt auch als Medium für den Transfer von Terror-Know-how.

Neben potenziellen und faktischen Weggefährten sind auch die „Ungläubigen“ wichtige Zielgruppe der hoch professionellen Medienkampagnen: Sie sollen durch die entsprechenden Botschaften psychologisch unter Druck gesetzt werden. Terror ist nicht zuletzt eine Strategie des Versendens von Nachrichten. Anschläge sind eine Botschaft an das Gegenüber: „Ihr könnt Euch nicht schützen!“ Die Medienkampagnen flankieren dies und komplettieren damit die Strategie der psychologischen Kriegsführung.

Der internationale islamistische Terrorismus bleibt auf absehbare Zeit eine der größten Bedrohungen für unsere Sicherheit. Trotz zahlreicher Fahndungserfolge hat sich die terroristische Bedrohungslage nicht nachhaltig entspannt. Die transnationalen islamistischen Terrornetzwerke haben schon in der Vergangenheit ihre hohe Regenerationsfähigkeit unter Beweis gestellt. Die flexible Anpassung an aktuelle politische Brennpunkte – zur Zeit: Irak – führen der Bewegung immer neue Kräfte zu.

Mehr denn je steht Europa als gemeinsamer Gefahrenraum im Visier des internationalen Terrorismus. Terroristische Gruppierungen in Europa radikalieren sich verstärkt und überwiegend auf lokaler Ebene. Sie finanzieren ihre Anschlagplanungen selbst und können sie ohne direkte Hilfestellung von außen bewerkstelligen. Generell anfällig dafür ist das muslimische Immigrantenv-Milieu, ergänzt durch eine geringe Anzahl von Konvertiten. Es kennzeichnet den globalen Jihad – und dies macht seine Gefährlichkeit aus, dass er unter Muslimen weltweit „mentale Zünder“ setzt, die oft unter nur schwer vorhersehbaren Bedingungen ausgelöst werden.

Europa sieht sich zunehmend gefährdet durch einen sogenannten „home-grown terrorism“, dessen potenzielle Täter sich nicht mehr durch auffällige Reisebewegungen entlarven. Sie basteln ihre Bombe daheim in der Wohnstube. Als Labor ist eine einfache Wohnung ausreichend, die Bestandteile sind frei erhältlich, die Anleitung zur Herstellung ist im Internet leicht verfügbar.

Deutschland gerät aufgrund seines markanteren außen- und sicherheitspolitischen Profils – so zum Beispiel aufgrund des Bundeswehr-Engagements in Afghanistan – verstärkt ins Zielspektrum terroristischer Anschläge. Das haben die im vergangenen Jahr durch Festnahme vereitelten Anschlagplanungen dreier Verdächtiger gegen Ziele in Deutschland nachhaltig demonstriert.

An Detektion und anschließender Zerschlagung dieses Terror-Plots war der Bundesnachrichtendienst im Rahmen seiner Auslandszuständigkeit beteiligt.

### *Proliferation*

Das Interesse einschlägiger sicherheitspolitischer Akteure am Besitz von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen ist ungebrochen. Proliferation hat das Potenzial, die strategischen Kräfteverhältnisse signifikant zu verändern. Die Aufklärung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist daher zentrales Thema in der Arbeit des Bundesnachrichtendienstes.

Während Libyen im Dezember 2003 nach Aufdeckung seiner Kernwaffenambitionen seinen Verzicht auf MVW-Programme erklärt hat, laufen die Tendenzen im Iran derzeit in eine gegensätzliche Richtung – auch wenn Teheran nach Einschätzung der US-Nachrichtendienste sein Nuklearwaffen-Programm in 2003 gestoppt haben soll.

Nuklearprogramm plus Raketenprogramm sind zentraler Ausdruck des hegemonialen Selbstverständnisses Teherans. Beschaffungsaktivitäten für ein ziviles und vermutlich militärisches Nuklearprogramm werden seit 1989 beobachtet. Ende 2003 erhärteten die bekannt gewordenen Aktivitäten

des pakistanischen Strippenziehers für Nuklearproliferation, Kernwaffen und Urananreicherung, Abdul Qadeer Khan, des „Vaters der pakistanischen Kernwaffe“, die Befürchtungen im Hinblick auf ein mögliches Kernwaffenprogramm in Iran. Anlagen oder Einrichtungen, die eindeutig einem Kernwaffenprogramm zugeordnet werden können, konnten jedoch bisher nicht identifiziert werden.

Bislang ist Iran der Aufforderung des VN-Sicherheitsrates, u.a. sein Anreicherungsprogramm zu suspendieren, nicht nachgekommen. Im Gegenteil: Seit Oktober 2007 betreibt Iran knapp 3.000 Zentrifugen zur Urananreicherung. Ein kommerzieller Produktionsbetrieb ist aber derzeit aufgrund technischer Probleme beim Betrieb der Zentrifugen noch nicht möglich.

Eine präzise Abschätzung, zu welchem Zeitpunkt Iran gegebenenfalls über einen eigenentwickelten Kernsprengsatz verfügen könnte, ist schwierig.

Nach unserer Beurteilung wird es jedoch noch einige Jahre dauern, bis Iran über eine ausreichende Menge an hochange-

reichertem Uran für einen Kernsprengsatz verfügt. Dies wäre zwar noch nicht die „einsatzfähige Nuklearwaffe“, würde aber für einen Kerntest ausreichen.

Parallel zum Nuklearprogramm forciert Iran auch sein militärisches Raketenprogramm. Im Fokus stehen Entwicklung und Kauf von weiteren ballistischen Raketen mittlerer und interkontinentaler Reichweite.

Das bemerkenswert selbstbewusste außenpolitische Auftreten Irans hat neben dem Wissen um das eigene militärische Potenzial und die aktuelle sicherheitspolitische Entwicklung in der Region auch gewichtige wirtschaftliche Gründe: Teheran kennt seine Bedeutung für die Weltölversorgung. Über 10% der heute nachgewiesenen Weltölreserven liegen in Iran, ca. 5% der weltweiten Ölproduktion und -exporte entfallen auf das Land. Ein Ausfall der iranischen Ölexporte – z.B. im Zuge einer militärischen Konfrontation oder eines iranischen Ölexportstopps – hätte spürbare Folgen für die Weltölversorgung: Die Weltwirtschaft müsste beträchtliche

Preisaufschläge auf den internationalen Ölmärkten verkräften.

Welche Konsequenzen für die regionale Sicherheit und Stabilität resultieren aus der Existenz einer Atommacht Iran?

Bereits die iranische Fähigkeit zum Aufbau einer Nuklearrüstung wäre eine deutliche Zäsur und würde das Kräfteverhältnis der Region nachhaltig verändern. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig eine Verschärfung der konkreten Bedrohungslage für die Nachbarstaaten. Das Risiko eines nuklearen Wettrüstens in Nah-/Mittelost würde jedoch steigen – mit entsprechenden Auswirkungen auf die regionale Sicherheit.

Eine Schlüsselfrage bei der Bewertung der zukünftigen Rolle eines nuklear bewaffneten Iran ist die Frage nach der Rationalität der maßgeblichen iranischen Akteure. Nach unserer Einschätzung verfolgt die iranische Führung eine nationale Interessenpolitik.

Es dürfte daher wahrscheinlich sein, dass Nuklearwaffen als „politische“ Waffen verstanden werden. Ihr Zweck bestünde demzufolge darin, den Fortbestand des klerikalen Systems nach außen sowie den Status Irans als unangefochtene Regionalmacht zu sichern. In diesem Szenario würde sich eine konkrete Beeinträchtigung der Interessen Dritter vor allem für die Handlungsfreiheit Israels und der USA ergeben.

Iran wird hartnäckig, aber auch behutsam sein Dominanzstreben weiterverfolgen. Zu größeren Rückzügen dürfte Teheran nicht bereit sein. Iran ist an einer neuen Ordnung in Nah-/Mittelost – zu seinen Gunsten – interessiert. Gleichzeitig fühlt sich die Regierung in Teheran durch die Stationierung von US-Truppen in den umgebenden Nachbarstaaten eingekreist und bedroht. Wir erleben ein Wechselspiel: Eskalationsschritte werden durch flankierende Entspannungsgesten in der Außenwahrnehmung ausbalanciert.

Das Nuklearprogramm nimmt zur Überwindung der perzipierten sicherheitspolitischen Schwäche Irans eine Schlüsselrolle ein.

Von seinen nuklearen Ambitionen wird Teheran daher nur schwer abzuhalten sein, zumal die Bevölkerung in dieser Frage mehrheitlich hinter der Regierung steht.

### ***Regionale Krisen und Konfliktpotenziale***

Regionale Konflikte werden immer mehr zu Brennpunkten mit globaler sicherheitspolitischer Bedeutung. Irak, Afghanistan und natürlich der Nahostkonflikt sind Beispiele für die Komplexität dieser Thematik.

### ***Nahostkonflikt***

Die sicherheitspolitische Situation in der Region Nah-/Mittelost wird nach wie vor vom ungelösten Nahostkonflikt bestimmt. Eine grundsätzliche Verständigung zwischen Israel und den Palästinensern im Hinblick auf eine Wiederbelebung der Road Map oder in zentralen Einzelfragen ist angesichts der politischen Separation von Gaza-Streifen und Westbank absehbar fraglich.

Eine erneute Anspannung der regionalen Sicherheitslage mit erheblichem Destabilisierungspotenzial brachte der Konflikt

zwischen Hisbollah und Israel im Sommer 2006. Die Geiselnahme zweier israelischer Soldaten durch die Hisbollah am 12. Juli 2006 hat erneut zu einer Polarisierung geführt. Der Ausgang des Konflikts ist bekannt. Die Befreiung der beiden israelischen Geiseln wurde nicht erreicht. Hisbollah ist als politische Organisation weder aus dem Südlibanon verdrängt noch in ihrer Existenz getroffen. Allerdings erlitt sie durchaus zeitlich begrenzt eine militärische Schwächung und politische Verluste, die sie aktuell durch Forderungen nach einer sehr weitgehenden politischen Partizipation auf nationaler Ebene zu kompensieren bemüht ist.

Was sind die bisherigen Konsequenzen dieses Konflikts?

Die VNSR- Resolution 1701 definiert neue Rahmenbedingungen für die politischen Kräfteverhältnisse in und um Libanon. Erhebliches Destabilisierungspotenzial liegt grundsätzlich in der – derzeit allerdings ausgesetzten – Entscheidungsfindung zur Entwaffnung von Hisbollah.

Für Hisbollah sind die Konsequenzen aus dem Konflikt erheblich:

- o Hisbollah verfügt zwar im Notfall weiter über ausreichende militärische Potenziale zur Selbstbehauptung im Libanon und gegenüber Israel. Kurzfristig jedoch sind ihre militärischen Optionen im Südlibanon durch Aufgabe der eigenen sichtbaren und kontrollierten bewaffneten Präsenz eingeschränkt. Hisbollah wird zumindest bis auf weiteres nicht mehr als Ordnungsmacht im Südlibanon auftreten können. Diese Position muss sie an die libanesischen Streitkräfte und an UNIFIL abtreten.
  
- o Nachdem die VNSR- Resolution 1701 zunächst einen schweren politischen Misserfolg für die Hisbollah bedeutete, waren die folgenden Monate von einem offensiven Streben um politische Selbstbehauptung und Bestands- wahrung der Schiitenpartei geprägt. Dies war letztlich ur- sächlich für den aktuellen innenpolitischen Machtkampf im Libanon.

Vor dem Hintergrund anhaltender, sehr weitgehender Partizipationsforderungen der Opposition unter der Ägide von Hisbollah bleibt die Lage im Libanon weiterhin angespannt. Der innenpolitische Machtkampf dreht sich aktuell um die Frage der Präsidentschaftskandidatur und die Bildung einer neuen Regierung mit Sperrminorität für die Opposition. In beiden Fällen sind tragfähige Kompromissansätze nicht in Sicht. Hintergrund ist der Grundsatzstreit um die zukünftige Machtverteilung zwischen anti- und pro-syrischen Kräften und damit um das Ausmaß des internationalen Einflusses auf Libanon.

Nach einer Reihe sicherheitsrelevanter Vorkommnisse – wie der jüngste Bombenanschlag auf einen prominenten Terroristenfahnder in Beirut, bei dem am 25. Januar 2008 fünf Menschen starben und 40 verletzt wurden, bleibt die Sicherheitslage im Libanon angespannt.

Im Konflikt Israel/Palästinenser zeigt sich auch nach der Nahost-Konferenz in Annapolis/USA kein signifikanter politischer Entwicklungsschub. Vor allem die politische Tren-

nung zwischen Gaza-Streifen und Westbank erweist sich dabei als Hemmschuh. Präsident Abbas ist es bisher nicht gelungen, einen innerpalästinensischen Dialog zu initiieren, um die zwischen Hamas und palästinensischer Regierung bestehenden Differenzen auszuräumen.

In den vergangenen Wochen kam es immer wieder zu Aktionen der israelischen Streitkräfte gegen militante Palästinenser, vor allem Gaza-Streifen. Daneben wird die Sicherheitslage sporadisch von Auseinandersetzungen zwischen Fatah und Hamas, sowie zwischen einzelnen Clans überschattet.

Die Aktionen der israelischen Streitkräfte sowie die innerpalästinensischen Auseinandersetzungen sind das Ergebnis zweier paralleler Entwicklungen: dem weiterhin schwelenden innerpalästinensischen Machtkampf um die politische Vorherrschaft und dem Versuch Israels, die Hamas personell und infrastrukturell zu schwächen, um eine Reduzierung der Qassam- Anschläge gegen das israelische Kernland zu erreichen.

Präsident Abbas gelingt es gegenwärtig nicht, die politische Situation zu konsolidieren.

Auch Hamas trägt sich mit internen Auseinandersetzungen hinsichtlich ihrer zukünftigen Ausrichtung, hat aber ihre Popularität bisher nicht eingebüßt. Neuwahlen dürften folglich eher von der weiterhin nicht reformierten Fatah, denn von Hamas gefürchtet werden.

Insgesamt scheint es weiterhin schwierig, einen Lösungsansatz zu finden, der sowohl den israelischen Sicherheitsbedürfnissen als auch der palästinensischen Forderung nach einem eigenen Staat Rechnung trägt.

### *Irak*

Im Irak ist die Gewalt nach einem historischen Höchststand im Sommer 2007 signifikant zurückgegangen und hat sich ab Oktober auf das Niveau von 2005 eingependelt. Die derzeitigen Anschlagaktivitäten bleiben jedoch mit etwa 50 Vorkommnissen pro Tag nach wie vor erheblich. Auch die Anzahl der Opfer befindet sich weiterhin auf hohem Niveau.

Ursache für die positive Entwicklung der Sicherheitslage ist in erster Linie die Übertragung von Sicherheitsverantwortung auf lokale bewaffnete, primär sunnitische Stammeskräfte und Bürgerwehren – so genannte Sahawat. Nach erfolgreicher Etablierung dieses Modells in der Provinz al-Anbar ist der Ansatz auch in anderen Provinzen und in Bagdad umgesetzt worden. Derzeit umfassen die Sahawat insgesamt ca. 75.000 Mann.

Weitere Ursache der verbesserten Sicherheitslage im Irak ist der Rückgang der Gewalt im schiitischen Lager: Der Führer der schiitischen Mahdi-Miliz, Muqtada al-Sadr, hat im Spätsommer 2007 einen vorläufigen Gewaltverzicht erklärt; zudem existiert zwischen ihm und seinem Gegenspieler Abdel Aziz al-Hakim, dem Führer des schiitischen Badr-Korps, seit Oktober letzten Jahres ein Waffenstillstand.

Förderlich auf die Sicherheitslage hat sich zudem auch die Verstärkung der US-Truppen mit Schwerpunkt in al-Anbar und Bagdad ausgewirkt.

In Verbindung mit den Sahawat wurde hierdurch die Handlungsfähigkeit jihadistischer Gruppen spürbar eingeschränkt.

Der Rückgang der Gewalt im Irak ist jedoch nicht konsolidiert oder gar unumkehrbar: Die weitere Entwicklung der Sahawat ist offen. Deren Hauptmotivation dürfte neben dem Kampf gegen Al-Qa'ida die Bezahlung durch die Koalition bzw. die Zentralregierung sein. Dem soll durch Einbindung der Sahawat in die irakischen Sicherheitskräfte Rechnung getragen werden. Unklar bleibt der Umfang der einzubindenden Sahawat und die Entwicklung der dann nicht integrierten Kräfte. Auch der schiitische Gewaltverzicht ist vorsichtig zu bewerten. Die ideologischen Differenzen und Rivalitäten zwischen den verschiedenen Lagern bleiben bestehen. Zudem ist die Terrororganisation Al-Qa'ida in Irak noch nicht zerschlagen.

Vor allem in Regionen, die von den Ausweichbewegungen der Jihadisten betroffen sind – Raum Bagdad sowie die Provinzen Diyala, Salah ad-Din, at-Tamin und Ninawa – haben militante Aktivitäten zum Jahreswechsel 2007/2008 zugenommen.

Unverändert besteht die Gefahr, dass sich die zunehmend prekäre Sicherheitslage im Nordirak auch auf das vergleichsweise ruhigere und stabilere kurdische Autonomiegebiet übertragen könnte.

Die irakischen Sicherheitskräfte bleiben auch in diesem Jahr auf die Unterstützung durch die US-Truppen angewiesen. Zwar ist für 2008 der Übergang zur eigenständigen Operationsführung beabsichtigt, logistische Unzulänglichkeiten sowie Ausrüstungs- und Führungsmängel behindern jedoch ein autarkes Vorgehen der irakischen Sicherheitskräfte. Die USA wollen ihre Streitkräfte im Irak bis Mitte 2008 reduzieren – folglich verringert sich deren Fähigkeit zur Unterstützung irakischer Sicherheitskräfte. Damit werden destabilisierende Kräfte versuchen, sich neue Freiräume zu eröffnen.

Trotz der ohne Zweifel verbesserten Sicherheitslage ist also noch nicht entschieden, ob diese positive Bestand haben wird. Mit einem weiteren Rückgang der bewaffneten Auseinandersetzungen ist in näherer Zukunft eher nicht zu rechnen.

Die verschiedenen Risiken gefährden eine nachhaltige Stabilisierung der Sicherheitslage und damit eine wesentliche Voraussetzung für die weitere wirtschaftliche und politische Konsolidierung des Landes. Selbst unter verbesserten sicherheitlichen Rahmenbedingungen ist aber für das Jahr 2008 allein aufgrund der weiterhin ungelösten ethnischkonfessionellen Differenzen in der Innenpolitik kaum mit substantziellen Fortschritten zu rechnen. Dennoch birgt die jüngste Entwicklung erstmals seit Jahren Potenzial für eine Verbesserung der Gesamtlage.

Die politische Neugestaltung des Landes wird durch die innerirakischen Trennlinien erheblich erschwert. Regierungskoalition und Parlament sind aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen und Loyalitätsverhältnisse nur eingeschränkt handlungsfähig. Deutlicher Beleg hierfür ist die Tatsache, dass sich im Jahr 2007 von 37 Ministern 17 aus der Regierung zurückgezogen haben – bei der Neubesetzung der Posten ist Regierungschef Maliki bisher gescheitert. Wichtige politische Entscheidungsprozesse werden aufgrund

von Partikularinteressen meist entlang der ethnischkonfessionellen Grenzen blockiert.

Maliki hat sich wiederholt zu einer Politik der „Nationalen Versöhnung“ und der Integration der Sunniten bekannt – de facto leistet er jedoch der Marginalisierung der sunnitischen Bevölkerungsteile weiter Vorschub. Das vorrangige Ziel des schiitischen Machterhalts untergräbt den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen.

Die Herausforderungen für die Regierung Maliki bleiben hoch.

### *Afghanistan*

Auch Afghanistan liegt politisch, sozioökonomisch und geostrategisch im Zentrum komplexer Konfliktfelder. Es ist unter anderem als Erfolg der internationalen Bemühungen zu verbuchen, dass der Aufbau demokratienaher Strukturen in Afghanistan nicht von der militanten Opposition verhindert werden konnte. Die politischen Institutionen sind etabliert, wenn auch aufgrund personeller und organisatorischer Mängel weiterhin ineffizient.

Dessen ungeachtet versucht die Zentralregierung mit Initiativen auf dem Sicherheitssektor im Süden die Initiative zu gewinnen. Was die Sicherheitslage angeht, so hat die Zweiteilung des Landes in einen vergleichsweise ruhigeren Norden und Westen sowie Gebiete hohen Risikos im Süden und Osten weiterhin Bestand.

Insgesamt ist festzustellen, dass auch 2007 die Zahl der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle weiter zugenommen hat. Die negative Entwicklung der Sicherheitslage hat zu einer signifikanten Verschlechterung der Stimmung in der Bevölkerung geführt. Das gilt vor allem in den Regionen, in denen Erfolge der Wiederaufbauarbeit – Sicherheit und wirtschaftliche Weiterentwicklung - bislang ausgeblieben sind und Kämpfe zu Kollateralschäden führen. Diese enttäuschten Hoffnungen sind Nährboden für islamistische Propaganda.

Da sich die Faktoren gegenseitig beeinflussen, haben wir es mit einem gefährlichen Teufelskreis zu tun, der sich – wenn auch in abgestufter Intensität – in nahezu allen Regionen Afghanistans wiederfindet.

Im Süden und Osten hat sich der Widerstand mittlerweile so formiert, dass für seine Bekämpfung das gesamte Spektrum militärischer Operationen notwendig ist. Den militanten Gruppierungen, insbesondere den Taleban, gelingt es hier zunehmend, Kämpfer mit regionaler Verwurzelung zu rekrutieren. Der Zustrom von Kämpfern ist derzeit groß genug, dass selbst die hohen Verluste zu keinem nachhaltigen Rückgang der Angriffe und Anschläge geführt haben.

Die Lage im unter deutscher Führung stehenden Regional Command North ist nach wie vor vergleichsweise ruhig. Allerdings verzeichnen wir einen kontinuierlichen Anstieg der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle.

Anschläge und Angriffe des vergangenen Jahres in Badakhshan, Angriffe gegen ISAF-Kräfte im Raum Kunduz und in Baghlan sowie zunehmend aktive militante Strukturen im Raum Badghis und Faryab sind nach unserer Beurteilung ein Beleg für wachsende Bemühungen, in der Nordregion weiter Fuß zu fassen.

Selbstmordanschläge sind in Afghanistan inzwischen als Mittel des militanten Kampfes etabliert. In 2007 wurden insgesamt 124 Selbstmordattentate verübt. Schwerpunkt der diesbezüglichen Aktivitäten bleiben die Provinzen Kandahar, Kabul und Khowst.

Einen weiteren, an Bedeutung gewinnenden Einflussfaktor auf die Sicherheitslage stellen Entführungen internationaler Staatsangehöriger mit finanziellen und auch politischen Zielsetzungen dar. Seit Jahresanfang 2007 sind auch militante Gruppen, insbesondere die Taleban, zunehmend bemüht, Entführungen als Mittel im Kampf gegen die internationale Staatengemeinschaft einzusetzen.

Negativfaktor für die Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan ist zudem die weiterhin grassierende Drogenwirtschaft. Die bisherigen Anti-Drogen-Operationen waren trotz umfangreicher Bemühungen ein Fehlschlag. Regional konnten jedoch Fortschritte erzielt werden. So ist die Anzahl

der Provinzen, die als frei vom Schlafmohnanbau gelten, von sechs auf 13 gestiegen – davon profitieren insbesondere der Norden und der Osten.

Insgesamt jedoch ist es im Jahr 2007 zu einem erneuten Ausbau der Drogenwirtschaft gekommen. Die für den Schlafmohnanbau genutzte Fläche wuchs auf rund 195.000 ha, die Rohopiumproduktion ist auf 8.200 t gestiegen – das entspricht einem Anteil am Weltmarkt von 93%. Damit wurden neue Höchststände erreicht – ein Sachverhalt, der in erster Linie auf den Mangel an echten Alternativen zum finanziell äußerst attraktiven Anbau zurückzuführen ist. Für 2008 erwartet UNODC abermals einen Anstieg von Anbaufläche und Rohopiumertrag.

Die Drogenproblematik unterminiert die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans. Die volkswirtschaftliche Wertschöpfung des Drogensektors betrug im Jahr 2007 rund 4 Mrd. US-\$.

Dies entsprach in etwa 35% des gesamten Bruttoinlandsproduktes und ist damit der größte Teil der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung des Landes.

Insgesamt besteht angesichts der landesweit zunehmenden gesetzlosen Zustände die Gefahr, dass sich ein wachsender Teil der Bevölkerung mittel- bis langfristig der militanten Opposition als vermeintlichem Garant für Sicherheit und Ordnung zuwendet. Wenn es nicht gelingt, die Verankerung der Zentralregierung in den Provinzen zu stärken und der militanten Opposition den Nährboden zu entziehen, dann sind die bislang erzielten politischen Erfolge gefährdet.

### *Fazit*

Was sind die Perspektiven internationaler Sicherheit? Und: Wie können wir ihnen begegnen?

Die sicherheitspolitische Großwetterlage ist gekennzeichnet durch komplexe und hochdynamische Risiko- und Bedrohungsphänomene.

Die wichtigsten habe ich genannt: Internationaler islamistischer Terrorismus, Proliferation und regionale Konflikte mit transregionalen Implikationen.

Die Bedrohungslage wird auf absehbare Zeit gekennzeichnet sein durch fließende Situationen mit chaotischen Teilen, in der Ordnungselemente mehr die Ausnahme als die Regel sind.

Moderne Sicherheitsrisiken bestehen aus einem Teufelskreis vielfältiger, sich gegenseitig verstärkender Destabilisierungsprozesse. Und auch wenn sie scheinbar weit entfernt passieren, bringt die globale Vernetzung regionale Fehlentwicklungen quasi direkt vor unsere Haustür.

Insbesondere der sogenannte Krisenbogen Nah-/Mittelost ist auf absehbare Zeit sicherheitspolitisches Dauerthema. Hier bündeln, überlappen und fokussieren sich sämtliche modernen Risiko- und Konflikttypen.

Langfristig werden die komplexen sicherheitspolitischen Probleme und Herausforderungen der Gegenwart nur durch ganzheitliche Ansätze zu bewältigen sein, in denen Instrumente der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik eng miteinander verzahnt sind. Die Entwicklung geeigneter Instrumente und Strategien wird um so besser gelingen, je mehr wir in der Lage sind, die realen Sicherheitsrisiken und deren Ursachen frühzeitig zu erkennen.

Der Bundesnachrichtendienst leistet hierzu seinen Beitrag: Unser Auftrag ist es, die Bundesregierung mit den entsprechenden lagerelevanten Informationen zu versorgen und so Hilfestellung zu geben für politische Entscheidungen.

Der nach dem Ende des Kalten Krieges zunehmend komplexen sicherheitspolitischen Bedrohungslage begegnen wir durch eine konsequente inhaltliche und strukturelle Neuausrichtung des Dienstes. Nur so kann der BND seinem Anspruch gerecht werden, kompetenter Dienstleister von Regierung und Parlament zu sein.

Orientierung und Eckpunkte dieser Neuausrichtung sind:

- o Die zunehmend aktive Rolle Deutschlands im internationalen Geflecht von Krisenmanagement, Konflikteindämmung und Konfliktbewältigung.

Sie erfordert zwingend ein verändertes Informationsangebot. Die neuen hochdynamischen Gefährdungsprozesse verlangen auch die Beschaffung taktisch verwertbarer nachrichtendienstliche Erkenntnisse. Aktuelle und operativ nutzbare Informationen haben für die Entscheidungsträger einen hohen Stellenwert. Die Truppe im Einsatz braucht vor allem „actionable intelligence“. Hier steht der BND auf dem Prüfstand.

- o Die wachsende Zahl von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Vor diesem Hintergrund war und ist eine engere, optimierte Kooperation des BND mit der Bundeswehr unabdingbar. Die Übernahme von Aufgaben und Funktionen des Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr (ZNBw) durch den BND dient dem Ziel einer verbesserten Einsatzunterstützung. Die Informationsversorgung

von BMVg und Bundeswehr wird auf eine breitere, fundiertere Basis gestellt. Der BND ist der einzige deutsche Auslandsnachrichtendienst. Nur er besitzt die zum Schutz der Truppe erforderlichen Befugnisse zur geheimen Informationsbeschaffung.

Wichtige Aufgabe des Bundesnachrichtendienstes ist künftig insbesondere, der Bundeswehr die für Planung, Vorbereitung und Durchführung von Auslandseinsätzen notwendigen Informationen bereitzustellen und die Streitkräfte im Einsatz und Grundbetrieb zu unterstützen. Der BND versteht sich als Dienstleister für die Bedarfsträger. Dazu gehören angesichts des wachsenden deutschen außen- und sicherheitspolitischen Profils in besonderem Maße auch BMVg und Bundeswehr. Zu recht sprechen wir heute von der „Bundeswehr im Einsatz“. Für den Bundesnachrichtendienst erwächst daraus die vornehme Pflicht, seinen bestmöglichen Beitrag für den Schutz des Lebens und der Gesundheit unserer Soldaten im Einsatz zu leisten. Der Dienst ist sich dieser Verpflichtung sehr bewusst.

Nach dem Selbstverständnis des BND ist es unerlässlich, stets kritisch zu hinterfragen, ob Ausrichtung, Strukturen und Produktpalette des Dienstes den aktuellen politischen Entwicklungen weiterhin voll gerecht werden. In diesem Sinne haben wir bei internen Evaluierungen Verbesserungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Kooperation verschiedener Bereiche untereinander festgestellt und ein Konzept zur Optimierung erarbeitet. Ziel ist, den nachrichtendienstlichen Mehrwert in der Berichterstattung zu stärken und die Produkte des Dienstes optimal auf die neuen Anforderungen auszurichten.

Mit seiner Neuausrichtung trägt der Bundesnachrichtendienst den veränderten sicherheitspolitischen Parametern Rechnung. Nur so wird er seinem Anspruch gerecht, kompetenter Ansprechpartner und Dienstleister für die Bundesregierung und ihre Entscheidungsträger zu sein.

Krisen und Konfliktpotenziale entwickeln sich heute hochdynamisch. Ziel der Politik muss daher sein, rechtzeitig mit geeigneten Instrumenten und Strategien zu reagieren.

Der neue Bundesnachrichtendienst ist gut aufgestellt, um hierzu einen wichtigen Beitrag zu leisten.

**Das Internationale Clausewitz-Zentrum  
an der Führungsakademie der Bundeswehr**

*Lennart Souchon*

Kann bei einer heutigen Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage die philosophische Denkmethode und die Theorie des preußischen Generals Carl von Clausewitz von Nutzen sein? Diese Frage ist eindeutig zu bejahen, da interdisziplinäre sicherheitspolitische Risikoanalysen und strategisches „Vordenken“ in Deutschland gegenwärtig nur defizitär vorhanden sind.

In der öffentlichen Diskussion werden zu Recht bezogen auf die militärische Sicherheitsvorsorge kritisch-konstruktives Engagement und höhere Finanzmittel gefordert. Aber die Defizite bei Auslandseinsätzen hinsichtlich klarer Zielsetzung, eindeutiger politischer Begründung und einer breiten gesellschaftliche Debatte sind philosophischer Natur.

Diese Erkenntnis hat in der geistigen Orientierung der Führungsakademie der Bundeswehr zu erheblichen Konsequenzen geführt. Mit der Gründung des Internationalen Clausewitz-Zentrums an der Führungsakademie der Bundeswehr (ICZ) – im Jahre 1999 – ist ein Forum für einen intensiven sicherheitspolitischen Diskurs an der Schnittstelle zwischen Streitkräften und der „strategic community“ institutionalisiert worden, welches das Erbe des Militärphilosophen Carl von Clausewitz bewahrt und weiterentwickelt. Die Auseinandersetzung ist in kritischer Loyalität - aber ohne formale Bindung an offizielle BMVg-Positionen - zu führen.

Das ICZ wird inzwischen als Gesprächsforum von der Führungsakademie der Bundeswehr und deren Lehrgangsteilnehmern, den Universitäten und Instituten im In- und Ausland und der interessierten Öffentlichkeit aktiv genutzt. Erfolgreiche Kooperationen bestehen in Hamburg mit dem Übersee-Club, der Amerika-Gesellschaft, dem Harvard-Club, der Katholischen Akademie und dem Haus Rissen sowie der Universität Potsdam.

Die bis heute durchgeführten Clausewitz-Gespräche – mit beispielsweise Ernst Uhrlau, Helga Haftendorn, Gunter Pleuger, Andreas Herberg-Rothe, Franz Josef Jung, Klaus Naumann und Peter Struck – sowie die zahlreichen publizierten Clausewitz-Informationen des ICZ intensivieren den sicherheitspolitischen Diskurs und die Kenntnisse über die Lehren des Carl von Clausewitz sowie über deren aktuelle Relevanz. Zudem wird die Gründung eines Internationalen Clausewitz-Institutes für Strategische Studien an der Universität Potsdam vorbereitet. Beides wird – mit aktiver Unterstützung der Führungsakademie der Bundeswehr und der Clausewitz – Gesellschaft e.V. – erreicht werden.

